

#resetBayernSPD

Beschlussbuch der ordentlichen Landeskonferenz
der Jusos Bayern vom 28. bis 29. April 2017 in München



Inhaltsverzeichnis

Angenommene und überwiesene Anträge	1
A Arbeit	1
A1 Mittelfranken	
„Verlorene“ gesetzliche Feiertage nachholen“	
<i>Angenommen</i>	1
F Familie	2
F1 Mittelfranken	
Überarbeitung des BEEG §2 Deckelung des Elterngeldes erhöhen	
<i>Angenommen</i>	2
P Partei	2
P4 Oberbayern	
Linke Alternativen schaffen – große Koalition beenden!	
<i>Angenommen</i>	2
P7 Oberpfalz	
Mehr Basisdemokratie bei der Bestimmung des Kanzlerkandidaten bzw. der Kanzlerkandidatin!	
<i>Angenommen</i>	5
P10 Niederbayern	
Innerverbandliche Stärkung von queeren Menschen!	
<i>Angenommen</i>	6
S Soziales und Gesundheit	7
S1 Mittelfranken	
Keine Einbeziehung von Kindergeld bei ALG II	
7	
S4 Oberbayern	
Niemanden vergessen – Für eine bessere Sozialpolitik	
<i>Angenommen</i>	8
S5 Unterfranken	
Aufbau einer Infrastruktur von Drogenkonsumräumen in Bayern	
<i>Annahme</i>	16
S7 Oberpfalz	
Nein! zur Rente mit 70 – für eine solidarische Rentenfinanzierung	
<i>Annahme</i>	18
N Netzpolitik und Digitales	18
N1 Mittelfranken	
Keine Verherrlichung der Bundeswehr als Arbeitgeber für Jugendliche	
<i>Annahme</i>	19

I Innenpolitik		20
I3	Oberfranken	
Keine Abschiebungen nach Afghanistan		
<i>Angenommen</i>		20
I6	Niederbayern	
Staatlich geförderten Personenkult um Franz Josef Strauß endlich beenden!		
<i>Angenommen mit Änderungsanträgen</i>		21
I7	Unterfranken	
Und die Polizei so: Kennste einen, kennste alle.		
<i>Angenommen</i>		23
R Rechtsextremismus bekämpfen		24
R1	Niederbayern	
Kein Fußbreit den Rassist:innen		
<i>Annahme</i>		24
B Bildung		25
B6	Niederbayern	
Forschungsförderung verbessern!		
<i>Angenommen mit Änderungsanträgen</i>		25
U Umwelt und Verbraucherschutz		30
U1	Unterfranken	
Hoftorbilanz jetzt in der Düngeverordnung festschreiben		
<i>Angenommen</i>		30
U2	Oberfranken	
Mehr Transparenz in der Lebensmittelkennzeichnung		
<i>Annahme</i>		32
U4	Oberfranken	
Rundfunkbeitrag – endlich solidarisch und fair für alle		
<i>Angenommen</i>		39
V Verkehr und Infrastruktur		41
V1	Oberbayern	
Keine Ungleichheit zwischen Stadt und Land – Strukturentwicklung in (Ober-)		
)Bayern		
<i>Angenommen</i>		41
V2	Niederbayern	
Umbenennung des Flughafens „Franz Josef Strauß“		
<i>Angenommen</i>		60
V3	Oberfranken	
PKW-Maut sofort wieder abschaffen.		
<i>Angenommen</i>		61

W Wirtschaft und Finanzen	61
W2	Oberbayern
Bodenspekulation wirksam bekämpfen!	
<i>Annahme</i>	62
Y Initiativanträge	63
Y1	
Antrag zur Jugendpartizipation in den Kommunen	
<i>Annahme</i>	63
Y3	Jusos Schwaben
Antrag zu Polizeieinsätzen und Fanprojekten in Fußballstadien	
<i>Angenommen</i>	64
Y4	Jusos Oberfranken
Gegen die Verschärfung des Strafgesetzbuch der §113ff – Gegen den Polizeistaat!	
<i>Angenommen</i>	69
	Jusos Schwaben
Antrag zur Jugendpartizipation in den Kommunen	
<i>Angenommen</i>	71
Weitere Anträge	75

Finanzierung

- 165 Selbstredend kosten alle oben genannten Forderungen Geld. Beispielsweise würde das Absenken der Betreuungsquoten von 60:1 auf 30:1 mit einer Verdoppelung der Professor*innen einhergehen. Zusätzlich müssten Stellen für Juniorprofessor*innen geschaffen, Forschungsgelder aufgestockt und Promotionsstellen finanziert werden. Allerdings gilt es zu bedenken, dass Deutschland für seinen Tertiärbereich lediglich 1.3% seines Bruttoinlandsprodukts aufwendet. Kanada hingegen investiert 3% des BIP, die USA 2.7%. Würde man beispielsweise den Etat verdoppeln, so läge man relativ wie quantitativ immer noch unterhalb der USA, hätte allerdings 40.7 Mrd. EUR zusätzlich zur Verfügung. Diese Summe entspricht dem 2.18-fachen der Finanzen, die unsere Universitäten gegenwärtig zur Verfügung haben. Der Finanzierbarkeit stünde also nichts im Wege, wenn Hochschulen und die damit einhergehenden Forschungstätigkeiten und Künste in Deutschland
- 170
- 175 eine ähnliche Priorität genießen würden wie in anderen Industriestaaten.

U Umwelt und Verbraucherschutz

Antragsbereich U / Antrag 1

Unterfranken

Weiterleiten an:

Bundesparteitag

Juso-Bundeskongress

Landesparteitag

U1: Hoftorbilanz jetzt in der Düngeverordnung festschreiben (Angenommen)

Am 16. Februar 2017 stimmte der Bundestag für die Reform des Düngegesetzes. Ziel ist es, Überdüngung und die Nitratbelastung der Böden zu verhindern oder wohl eher lediglich zu reduzieren. Jedoch besteht hier noch großer Verbesserungsbedarf und auch mit der Abstimmung zur geplanten Reform fehlen existentielle Instrumente zur Minimierung der Umweltschäden.

- 5 So ist es beispielsweise nicht sicher, ob die EU sich mit diesen angestrebten Maßnahmen so abspeisen lässt. Das Gesetz wird erst im Jahr 2023 vollumfänglich wirken und greifen und bis dahin werden lediglich ca. 6 Prozent der tierhaltenden Betriebe vom Gesetz erfasst. In Zeiten, in denen der Fleischkonsum rückläufig ist, jedoch die Megaställe aus dem Boden sprießen und eine katastrophale Überproduktion an Fleischmassen, das Sterben von kleinen Höfen, die
- 10 Verschlechterung des Tierschutzes und die Belastung von Gewässern und Umwelt verursachen, ist es dringend geboten, konsequentere Änderungen in den Gesetzen und genauere Kontrollmechanismen zur Anwendung zu bringen.

Der WWF, der Bund für Umwelt und Naturschutz, der Umweltdachverband Deutscher Natur-

15 schutzring und der Naturschutzbund Deutschland sind der Meinung, dass die Vorgaben der
EU-Nitratrictlinie so nicht eingehalten werden können und Gewässer und Umwelt ausrei-
chend geschützt werden, was Milliardenstrafzahlungen der Bundesrepublik zur Folge hätte
(bereits am 27. Oktober 2016 reichte Brüssel Klage gegen Deutschland wegen Verletzung der EU-
Nitratrictlinie ein), sollte das Grundwasser zu hohe Nitratbelastungen aufweisen. Die Verbände
20 fordern eine bundesweite Gülle-Datenbank und eine maximal einstündige „Einarbeitungsfrist“
in den Boden. Des Weiteren werden Stickstoff-Maiximalwerte (nein, das Wort „Obergrenze“
mögen wir nicht) und Rücksichtnahme auf Betriebe die mit Festmist arbeiten verlangt.

Das wichtigste Instrument jedoch wäre eine flächendeckende Hoftorbilanz (welche Nähr-
25 stoffmengen gelangen in einen Betrieb und welche Mengen verlassen diesen wieder) für alle
Betriebe. Hierbei handelt es sich um einen verbindlichen Nährstoffvergleich, der die objektive
Feststellung von z.B. Nährstoffüberschüssen ermöglicht und somit gezielte Maßnahmen und
Sanktionen nach dem Verursacherprinzip zu lässt. Alle bisher angewandten und vorgesehenen
Bilanzierungsmethoden sind ungenau und diese lasche Dokumentationspflicht legalisiert in
30 vielen Fällen die Überdüngung. Bisher sieht die Reform des Gesetzes, die Einführung einer sehr
abgeschwächten Form einer Bilanzierung und dies lediglich für viehintensive Betriebe und erst
ab dem Jahr 2018 vor. Betreffen würde dies also nur Betriebe, die mehr als 2000 Mastschweine
oder mehr als drei Großvieheinheiten pro Hektar halten. Laut Einschätzung vom BUND würden
damit über 90 Prozent aller Betriebe von der Bilanz befreit und dies ist aufgrund der „gravieren-
35 den Umweltprobleme, die mit der Düngeausbringung und -lagerung einhergehen, eine nicht
akzeptable Regelung.“

In Dänemark existiert bereits ein solches Bilanzierungssystem auf Betriebsebene, welches jeder
Betrieb ab einer bestimmten Mindestgröße anhand eines Online-Tools speist. Diese Vorgehens-
40 weise reduziert den bürokratischen Aufwand der Landwirte enorm.1 Diese Variante kann im
Grunde deckungsgleich für Deutschland übernommen werden und macht die Aussage von Herrn
Reinhard Herb (Landwirt aus Sielenbach und BBV-Kreisobmann) „Für mich ein unmöglicher
Vorgang. Wir sind schon fast gläsern. Nur Kontrollwahn, das ist abartig. Man kann ja schwarzen
Schafen nachgehen. Aber alles gläsern machen, irgendwo sollte es Grenzen geben.“ unnötig und
45 unzutreffend.

Es besteht die dringende Notwendigkeit die Dichte der Tierhaltung an der real vorhandenen Flä-
che zu messen bzw. diese anzupassen und die Tierhaltung in Folge an eben diese Fläche zu binden.

50 Wir verlangen die sofortige Einführung einer Hoftorbilanz für alle Agrarbetriebe mit einem Maxi-
malnährstoffüberschuss von 30 kg Stickstoff/ Jahr und Hektar.